

Bayern

SPD

**AUSSERORDENTLICHER
LANDESPARTEITAG
DER BAYERNSPD**

ANTRAGSBUCH

**INFRASTRUKTUR
FÜR BAYERN:**

BAYERN VORAN BRINGEN!

*SA., 14. JULI 2012
CONGRESS CENTRUM,
AMBERG*

Inhalt

Infrastruktur	2
Bayern voran bringen	2
Verkehr	23
Konsequente Strategie zur Energiewende	24
Gerechte Strukturpolitik in der Oberpfalz	27
Verkehrsinfrastruktur in der Oberpfalz deutlich verbessern	38
Genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern	40
Antrag	42
Satzungsänderungen	47
Satzungsänderungen	47
Mehr Basisdemokratie in der SPD	54

Infrastruktur

Antragsbereich I/Antrag 1

Landesverband Bayern

Bayern voran bringen

	Bayern voran bringen – Infrastruktur für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft	Annahme weiter an
5	A. SPD – Partei ergreifen für eine zukunftsfähige Infrastruktur	Landtagsfraktion Bundestagsfraktion
10	Wir brauchen in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um unseren Lebensstandard zu sichern und auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte und gewähren Mobilität.	Bayerische Abgeordnete im EP
15	Wir brauchen Verbesserungen der Infrastruktur, um wettbewerbsfähig zu bleiben, die Chancen des ländlichen Raums zu mehren und die Energiewende zu meistern. Die BayernSPD bekennt sich zu dieser Aufgabenstellung und predigt keine Verweigerungshaltung. Sie ergreift Partei für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Gleichzeitig ist sie seit Wilhelm Hoegner die Partei der Bürgerbeteiligung und bekennt sich	
20	ausdrücklich dazu, dass die Bevölkerung selbst entscheiden können soll, welchen Preis sie für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung zu zahlen bereit ist, welchen Weg sie zu diesen Zielen einschlagen möchte und welche Abwägungen sie zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen vornimmt.	
25		
30		
35	B. Für mehr Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten	
40	Als BayernSPD ist für uns eines klar: Um unseren Lebensstandard zu halten und auch weiterhin verbessern zu können, muss in die Modernisierung und Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der	

Verkehrswege investiert werden.
Grundsätzlich steht dabei für uns fest, dass
45 neue Vorhaben die Akzeptanz der Bürgerinnen
und Bürger brauchen. Deutlich wird dies in der
Diskussion um die dritte Startbahn am
Flughafen München, beim S-Bahn-Verschwenk
in Fürth oder beim Schwarzkopftunnel in
50 Unterfranken: Gerade bei großen
Infrastrukturprojekten wollen die betroffenen
Bürgerinnen und Bürger an den Planungen
frühzeitig beteiligt werden. Als BayernSPD
sehen wir uns diesem Auftrag verpflichtet.

55 Mehr Demokratie und mehr Beteiligung
stehen nicht im Widerspruch zu einer
modernen Wirtschafts- und
Infrastrukturpolitik, sondern sind vielmehr ein
gemeinsamer Teil und verdeutlichen eine
60 aktive demokratische Diskussionskultur
zwischen allen Beteiligten. Argumente können
ausgetauscht werden und Planungsträger
erhalten die Möglichkeit, ihre Pläne offensiv zu
vertreten und frühzeitig Akzeptanz und
65 Planungssicherheit zu erreichen.

Nur durch eine umfassende Beteiligung aller
am Planungs- und Durchführungsprozess
70 kann die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten
erhöht und ihre rasche Umsetzung ermöglicht
werden. Hierdurch können Streitigkeiten
schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und
Klagen vermieden werden. Darüber hinaus
75 kann es zu wirtschaftlich günstigeren
Lösungen kommen, weil Alternativen
frühzeitig diskutiert und kostspielige
Mehrplanungen somit vermeidbar sind.

80 Als BayernSPD wollen wir eine Änderung in
der Planungskultur durch einen intensiven,
frühen Dialog mit den direkt betroffenen
Bürgerinnen und Bürgern, den kommunalen
Entscheidungsträgern, den beteiligten
85 Unternehmen, den Kammern sowie
Naturschutz- und Umweltverbänden.

90

Dazu brauchen wir

95 **1. Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide und Volksentscheide**

100 Mehr Bürgerbeteiligung auf Kommunal- und Landesebene durch Bürgerentscheide und Volksentscheide ist ein sozialdemokratisches Projekt. Wir wollen die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, direkt über Infrastrukturprojekte zu entscheiden, erleichtern und ausbauen. Auf kommunaler Ebene gehört hierzu z.B. die Verlängerung der
105 Frist für die Eintragung in die Unterstützerlisten für Bürgerbegehren. Auf Landesebene wollen wir erreichen, dass Bürgerbeteiligungen auch dann zugelassen werden, wenn sie kostenwirksam sind und bayernweit relevante Infrastrukturprojekte betreffen.
110

115 Als BayernSPD unterstützten wir den Leitantrag der Bundes-SPD beim Berliner Parteitag 2011 „Mehr Demokratie leben“, der neue und frühzeitige Formen von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten vorsieht.

120 Als BayernSPD wollen wir eine Bürgerbeteiligung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dafür müssen die Mechanismen einfach und verständlich sein und breit kommuniziert werden. Es muss Aufgabe der Parteien und der politischen Bildungsarbeit
125 sein, Wissen und Verständnis über diese Beteiligungsformen auf verschiedenen Ebenen zu vermitteln. Wir werden dafür sorgen, dass sich alle Teile der Bevölkerung an Entscheidungen beteiligen können.
130

2. Mehr Transparenz durch neue Formen der Bürgerbeteiligung

135 Die Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und ausführlich über Planungen informiert werden. Diese müssen als ergebnisoffener Prozess gestaltet werden, in dem das Projekt gemeinsam entwickelt wird. Fachgespräche, Dialogforen, Planungsdialoge,
140 Bürgerkonferenzen oder auch Bürgergutachten tragen dabei zu einer

wirkungsvollen Einbindung der Öffentlichkeit bei. Behörden und Planungsträger sollen zudem verpflichtet werden, so genannte
145 Bürgeranwälte einzusetzen, die Beratung anbieten und die Einhaltung der Beteiligungsrechte kontrollieren. In Konfliktfällen kann ein externer Mediator zwischen dem Vorhabenträger und den
150 Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Dabei kommt den Umweltverbänden eine Schlüsselposition als Interessensvertreter der Allgemeinheit zu.

155 **3. Gesicherte Bürgerbeteiligung**

Die Kosten der Bürgerbeteiligung müssen von vornherein fester Bestandteil der Planungskosten sein. Weil auch auf Seiten der
160 Bürgerinnen und Bürgern hierfür nicht selten Freizeit und finanzielle Mittel eingesetzt werden, müssen wir entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Dabei muss die Unabhängigkeit aller Beteiligten gewahrt
165 bleiben.

Auch dürfen die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände
170 nicht geschmälert, sondern müssen ausgebaut werden.

4. Kürzere Planungs- und Bauzeiten

Mehr Bürgerbeteiligung steht für die BayernSPD nicht im Widerspruch zum Interesse an kurzen Planungs- und Bauzeiten. Das Gegenteil ist der Fall, weil nur eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den
180 unmittelbar Betroffenen eine rasche Umsetzung ermöglicht. Mehr und frühzeitigere Bürgerbeteiligung führen auch dann zu einer Beschleunigung, wenn wegen der Einwände der direkt Betroffenen und/oder
185 von Umwelt- und Naturschutzverbänden letztlich Gerichte entscheiden müssen. Deshalb gehören für uns kurze Planungs- und Bauzeiten und Bürgerbeteiligung zusammen. Bei einem Konsens, z.B. einer
190 Lärmschutzmaßnahme, muss ein beschleunigtes Planungsverfahren möglich

195 sein. Die Bürgerbeteiligung muss früher einsetzen, zum Beispiel vor dem Raumordnungsverfahren, welches bisher weitgehend beteiligungsfrei läuft.

C. Leitlinien unserer Infrastrukturpolitik

200 Für die BayernSPD ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Leitgedanken sind dabei soziale Ausgewogenheit sowie der Einklang von Ökonomie und Ökologie. Dabei soll Infrastruktur nicht nur gebaut und
205 erhalten, sondern ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

210 Maßstab und Richtschnur für alle Entscheidungen unserer Infrastrukturpolitik sind:

1. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

215 Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – insbesondere zwischen
220 Stadt und Land. Der Wohnort darf keinen Nachteil für den Arbeitsalltag sowie die Freizeitgestaltung darstellen. In Bezug auf die verkehrliche Infrastruktur und die Ermöglichung von Mobilität bedeutet dies zum Beispiel, dass überall Mindeststandards
225 der Erreichbarkeit gesichert werden müssen. Dies zu gewährleisten ist auch Aufgabe der Landesplanung.

2. Prioritäten setzen

230 Wir müssen nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte zuerst angegangen werden müssen. Entscheidend sind Faktoren wie Bedarf,
235 Verkehrsaufkommen, verkehrlicher Nutzen und Umweltverträglichkeit. Die Geldmittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Dabei gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

240 Wir fordern zusammen mit der Bundes-SPD

245 eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets soll für überregional wichtige Projekte eingesetzt und 20 Prozent regional gebunden werden.

250 Wir verzichten auf überflüssige Großprojekte, die ökonomisch unsinnig und ökologisch schädlich sind.

255 Wir treffen Infrastrukturentscheidungen im europäischen Kontext. Bayerische Infrastrukturprojekte, die die europäische Gemeinschaft betreffen, müssen mit unseren Nachbarn und den Plänen der EU abgestimmt werden.

260 **3. Integrierte Verkehrspolitik**

265 In Bayern brauchen wir eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“. Ein Hauptproblem ist die fehlende Kompetenzzuweisung in der bayerischen Staatsregierung. Offiziell ist der Wirtschaftsminister zwar auch Verkehrs- und Infrastrukturminister, aber für die Straßenplanung und -bau ist das Innenministerium verantwortlich. Geht es um Lärmschutz, so kommt auch noch das Ministerium für Umwelt und Gesundheit ins Spiel. Wir werden Kompetenzen bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete Verkehrspolitik ermöglichen.

275 Die Zukunft Bayern erfordert darüber hinaus auch eine klare und verlässliche Vorstellung für die Mobilität in Bayern: egal ob auf der Schiene, auf der Straße, auf dem Wasser oder in der Luft. Wir brauchen eine Gesamtplanung für Europa, Bund und Land, wie die Verkehrsträger miteinander verknüpft werden, um größtmögliche Effizienz zu erreichen.

285 **4. Mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene**

290 In den Verkehrsprognosen wird ein Anstieg des Straßenpersonenverkehrs vorhergesagt und als Industrie- und Dienstleistungsstandort

295 sowie Transitland wird Bayern auch mehr
Güterströme zu bewältigen haben. Für die
BayernSPD ist deshalb klar: Mehr Menschen
und mehr Güter auf die umweltfreundliche
Schiene - dies muss die Strategie für die
Zukunft sein.

300 Ziel muss es sein, im Bereich des
Schiene-personennah- und Fernverkehrs
attraktive Angebote für Schüler, Azubis,
Studenten, Pendler und Rentner zu schaffen.
305 Darüber hinaus muss der Anteil des
Schiengüterverkehrs von heute 17 Prozent
am gesamten Güteraufkommen in absehbarer
Zeit verdoppelt werden. Für die Akzeptanz in
der Bevölkerung hat der Lärmschutz jedoch
oberste Priorität. Hierfür sind die Umrüstung
310 der circa 600.000 Güterwagen in Deutschland
auf so genannten Flüsterbremsen, die
Lärmreduzierung an den Rangierbahnhöfen
sowie weitere Schallschutzmaßnahmen von
zentraler Bedeutung.

315 **5. Für barrierefreie Mobilität**

Barrierefreiheit ist das Grundprinzip für eine
gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am
gesellschaftlichen Leben. Barrierefreiheit
320 betrifft aber nicht nur Menschen mit
Behinderungen, sondern auch ältere Personen
sowie Familien mit Kindern. Wir müssen eine
barrierefreie Beförderung für alle
gewährleisten – und zwar über die gesamte
325 Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur
ist dabei eine wichtige Komponente. Doch
auch bei Fahrzeugneubeschaffungen oder
Modernisierungsmaßnahmen muss
ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt
330 werden. Deshalb wollen wir ein
Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“
auflegen.

335 **6. Investitionen in die Zukunft**

Die Mobilität der Zukunft wird sich unter
anderem wegen der Endlichkeit der fossilen
Brennstoffe verändern. Wir wollen sie so
gestalten, dass die Mobilität eines jeden
340 Einzelnen und der Transport von Gütern
möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die

langfristige Sicherung der Mobilität erfordert hoch effiziente Fahrzeuge, die mit alternativen Energien betrieben werden können. Wichtige Handlungsfelder sind für uns die Senkung des Kraftstoffverbrauchs und die Förderung umweltschonender Verkehrstechnologien. Deshalb wollen wir alternative Antriebe und Modellprojekte für Elektro- und Hybridautos stärken. Insbesondere im Individualverkehr sehen wir in diesen Antrieben eine nachhaltige, umweltfreundliche und zukunftssichere Alternative: So bieten etwa elektrische Antriebe (Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge) große Potenziale zur Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl als Energieträger sowie zur Reduzierung von CO₂, lokalen Schadstoffemissionen und Lärmreduzierung.

360

D. Hausgemachte Fehlentwicklungen

Bayern ist ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort sowie ein Drehkreuz beim europäischen Personen- und Güterverkehr. Daher ist eine umfangreiche und ausdifferenzierte Infrastruktur grundlegend. Jedoch ist die bayerische Staatsregierung unter Führung der CSU sowie das CSU-geführte Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Begriff, durch Konzeptionslosigkeit und schwerwiegende Versäumnisse langfristig die Zukunftsfähigkeit Bayerns und damit unseren Wohlstand zu verspielen.

375

Wie in allen Bereichen, so muss auch in der Infrastrukturpolitik effizient mit den begrenzten Haushaltsmitteln umgegangen werden. Jedoch melden die bayerische Staatsregierung und das CSU-geführte BMVBS in Brüssel und Berlin konzeptionslos Verkehrsprojekte an. Vielmehr soll mit dieser Art von Politik Klientel bedient werden, zum Schaden der Allgemeinheit.

380

385

Erschreckend ist, dass seit zwanzig Jahren die Ost-West-Anbindung Bayerns von der CSU-geführten Staatsregierung verschlafen wird. Die Mobilität eines jeden Einzelnen sowie der freie Austausch von Waren und

390

395 Dienstleistungen werden dadurch extrem
eingeschränkt. Die Folge ist, dass der stetig
steigende Güterverkehr für eine enorme
Überlastung bestehender Straßen und des
unzureichend ausgebauten Schienennetzes
sorgt. Das beeinträchtigt vor allem die
Bewohner in Ostbayern und schadet der
bayerischen Wirtschaft.

400 Die Staatsregierung verschläft es, die Mobilität
der Zukunft zu fördern. Sie kümmert sich
weder ausreichend um den Ausbau der
Fahrradwege noch um die Elektromobilität.
405 Stattdessen konzentriert sie sich auf sinnlose
und von der Bevölkerung nicht gewollte
Projekte wie die Pkw-Maut oder Feldversuche
von Lang-LKWs (Giga-Liner).

410 Auch ist das Gelingen der Energiewende in
Bayern wesentlich von der Höhe der
Investitionsmittel des Freistaats abhängig.
Ministerpräsident Horst Seehofer will Bayern
zwar zum „Motor“ der Energiewende machen,
415 aber de facto hat die Staatsregierung kein
Geld dafür in die Hand genommen: nicht für
Erneuerbare Energien, nicht für
Energieeffizienz, nicht für Energieeinsparung.
Die Energiewende in Bayern geht nur mit
420 klaren politischen Prioritäten.

Ein wesentlicher Bestandteil einer modernen
Gesellschaft ist der Zugang zum Internet,
sowohl für den privaten als auch
425 geschäftlichen Gebrauch. Die Staatsregierung
ist die Breitbandversorgung zu schleppend
angegangen. Sie hat viel zu lange auf die
Kräfte des Marktes beim Ausbau der Struktur
schneller Netze gebaut und ist damit
430 verantwortlich für unnötige jahrelange
Verzögerungen. Auch mit der „bayerischen
Breitbandstrategie“ bleibt – nach Monaten
von Ankündigungen, internen Streitereien und
haltlosen Behauptungen der Staatsregierung –
435 noch vieles offen: für die Privathaushalte, für
den ländlichen Raum und vor allem was den
Zeitpunkt der flächendeckenden Versorgung
angeht.

440

E. Die bayerische Infrastruktur voranbringen

In den Handlungsfeldern
445 Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung und
Telekommunikation sehen wir großen
infrastrukturpolitischen Handlungsbedarf.
Diesen Herausforderungen wollen wir uns
stellen – unter der Voraussetzung der
450 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse
im Norden und Süden, Osten und Westen, auf
dem Land und in der Stadt. Dafür setzen wir
Prioritäten nach objektiven Maßstäben. Ziel ist
eine Infrastrukturpolitik mit klaren Konzepten
455 und in Verantwortung für Mensch und Natur.

1. Verkehrsinfrastruktur

1.1.Schiene

460 Mehr Verkehr auf die Schiene, dass ist das das
Motto der Zukunft und eine grundlegende
Leitlinie der Verkehrspolitik der BayernSPD.
Denn unbestritten ist die Schiene der
465 umweltverträglichste Verkehrsträger und
bereits heute gelebte Elektromobilität. Um
einen attraktiven Personennah- und
Fernverkehr gestalten sowie das
prognostizierte steigende
470 Güterverkehrsaufkommen bewältigen zu
können braucht es gut ausgebaute,
zuverlässige und leistungsfähige
Schienennetze. Wichtige Großprojekte wie die
Schienenanbindung des Münchner Flughafens
475 von Norden, die Erschließung des
Chemiedreiecks oder die 2. S-Bahn-
Stammstrecke in München sind schon zu
lange von der Staatsregierung aufgeschoben
worden. Wir werden diese Projekte mit
480 Energie und klarem Ziel vor Augen
vorantreiben. Dafür wollen wir eine
**Ausbauoffensive „Nah- und Regionalverkehr
2020“** initiieren.

485 Als BayernSPD ist für uns selbstverständlich,
dass Bürgerbeteiligung und Transparenz bei
den Planungen Bestandteil des
Gesamtkonzeptes sind. Grundlegend ist für
uns auch, dass wir im
490 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) klare
Regeln für den Wettbewerb brauchen: Bis 2015

sollen etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen SPNV, das sind rund 59 Millionen Kilometer, im Wettbewerb gefahren werden.
495 Bis 2023 sollen sogar alle Leistungen im Wettbewerb vergeben sein. Das darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Tariftreue muss eine Selbstverständlichkeit sein: Der ausgehandelte Branchentarifvertrag
500 in der Bahnbranche muss als repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt werden.

505 Folgende Schienenverkehrsprojekte wollen wir schwerpunktmäßig angehen:

Durch den Brenner-Basistunnel sollen die Tiroler Alpen entlang der Achse Innsbruck – Bozen unterquert und die
510 Güterverkehrsströme von der Straße auf die Schiene gebracht werden. Das wird auch dem oberbayerischen Chemiedreieck zugutekommen. Die BayernSPD will den viergleisigen Ausbau für den Zulauf zum
515 geplanten Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim und Kiefersfelden weiter vorantreiben. Dabei hat der Lärmschutz eine herausgehobene Stellung, um die Bevölkerung
520 vor zusätzlichen Belastungen zu schützen.

Auf der Schienenausbaustrecke München – Mühldorf – Freilassing werden schon heute über zwei Prozent des bundesweiten Schienengüterverkehrs abgewickelt. Aufgrund
525 der erheblichen Steigerung des Güterverkehrs für das bayerische Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und internationale Schienennetz von wesentlicher
530 Bedeutung. Das gilt auch für die Entlastung der Brenner-Zulaufstrecke. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau und Elektrifizierung der Strecken ein.

535 Die Schienenausbaustrecke München – Lindau – Grenze D/A (– Zürich) muss weiter ausgebaut und elektrifiziert werden. Dadurch kann die Fahrzeit von derzeit über vier Stunden um rund 20 Prozent auf künftig drei
540 Stunden 15 Minuten verkürzt werden.

Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-
Magistrale ist für die Metropolregion
Nürnberg wichtig und dringend notwendig,
545 um Nord-Ostbayern nicht vom Fernverkehr
abzuhängen. Außerdem brauchen wir eine
Verbesserung der Schienenverbindung
Nürnberg – Prag / Dresden. Auch ist die
Elektrifizierung zwischen Hof und Regensburg
550 unerlässlich, um die bestehenden erheblichen
Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

Der weitere Aus- und Neubau der VDE 8.1
(Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Schiene)
555 hat in allen Abschnitten höchste Priorität,
denn wir brauchen eine leistungsstarke und
schnelle Verbindung zwischen der
Landeshauptstadt München und der
Bundeshauptstadt Berlin. Dabei spielt auch
560 der Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle.
Nach Fertigstellung aller Teilprojekte der VDE
8.1 soll die gesamte Reisezeit von München
nach Berlin gut vier Stunden betragen.

Die zweite Stammstrecke in München ist das
zentrale Element des Bahnknotenkonzeptes
und das Herzstück eines zukunftsfähigen
Nahverkehrs in München und ganz Südbayern.
Sie ermöglicht einen weiteren Ausbau des
570 Netzes, Taktverdichtungen und eine höhere
Betriebsqualität. Bei Störungen auf der
Stammstrecke kann zudem auf eine
Alternative ausgewichen werden, so dass auch
die Pünktlichkeit verbessert wird. Für die
575 schnelle Erreichbarkeit des Flughafens
München ist die zweite Stammstrecke eine
wesentliche Voraussetzung.

Der Erdinger Ringschluss mit Walpertskirchner
580 Spange und Neufahrner Kurve zählt zu den
gegenwärtig dringlichsten
Schienenverkehrsmaßnahmen in Bayern. Er ist
notwendig, um den stetig steigenden Verkehr
im Flughafenumland aufzufangen. Damit die
585 anderen Regionen Ost- und Südbayerns nicht
abgehängt werden, treten wir für eine
umsteigefreie Anbindung des Flughafens
München an den Schienenfernverkehr sowie
für eine Flughafenanbindung Mühldorf-
590 Salzburg ein.

595 Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart –
Ulm – Augsburg realisieren wir eine
Geschwindigkeitserhöhung und den Bau eines
dritten Gleises zwischen Neu-Ulm und
Neuoffingen. Dabei kommt es zu erheblichen
verkehrlichen Verbesserungen und
Reisezeitverkürzungen im Nah- und
Regionalverkehr.

600

1.2.Straße

1.2.1 Autobahnen

605 Autobahnen sind neben dem Schienennetz
wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in
Bayern. Hier gilt für uns als BayernSPD:
Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der
Menschen und Umwelt vor Emissionen
jeglicher Art.

610

615 Der 173 Kilometer lange Abschnitt der A3
zwischen Aschaffenburg und Nürnberg stellt
eine der wichtigsten Verkehrsadern
Nordbayerns dar. Wir wollen deshalb einen
sechsstreifigen Ausbau, der eine
bedarfsgerechte Verkehrsverbindung
gewährleistet.

620 Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist von enormer
Wichtigkeit für den grenzüberschreitenden
Verkehr nach Osteuropa. Dem 88 Kilometer
langen Abschnitt zwischen der Landesgrenze
Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg
625 kommt für Nordbayern eine große Bedeutung
zu. Mit dem sechsstreifigen Ausbau wird eine
Verkehrsverbindung geschaffen, die den
heutigen Anforderungen gerecht wird –
gerade im Hinblick auf Osteuropa.

630

635 Die A 8 ist eine der wichtigsten West-Ost-
Verbindungen in Süddeutschland. Ein
sechsspüriger (+2) Ausbau der überlasteten
Hauptverkehrsachse A 8 Ulm – Augsburg (–
München) muss zügig umgesetzt werden.
Darüber hinaus plädieren wir für einen
moderaten, der Umwelt angepassten Ausbau
bis zur Grenze-Österreich.

640 Die A 92 ist eine der herausragendsten
Verkehrsachsen zwischen München und den

645 osteuropäischen Ländern. Aufgrund des hohen
Verkehrsaufkommens leidet die A 92 unter
erheblichen Schäden, die wir dringend
beheben müssen. Zudem werden wir einen
sechsstreifigen Ausbau realisieren.

650 Der Bau der A94 ist nun beschlossen. Sie
gewährleistet die Anbindung des
Chemiedreiecks an den Flughafen München
sowie an das überregionale Autobahnnetz.
Wir sehen sowohl die Mobilitätsvorteile für
die Region als auch die Bedenken vieler
655 Anwohner und wollen uns im Rahmen des
rechtlich Möglichen für eine weitgehende
Entlastung der Betroffenen einsetzen.

660 **1.2.2 Bundesstraßen, Staatsstraßen und Ortsumgehungen**

Auch bei Bundesstraßen bleibt festzustellen,
dass die CSU einen vernünftigen Ausbau
bisher verschlafen hat. Insbesondere bei den
Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa
665 sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Das Staatsstraßennetz in Bayern ist zum
Sanierungsfall verkommen. Wir beheben den
Investitionsstau durch eine verstetigte
670 Mittelausstattung im Staatshaushalt. Auch
hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor
Neubau.

675 Viele bayerische Dörfer und Gemeinden leiden
unter dem Durchfahrtsverkehr. Für die
bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir
für ein Sonderprogramm auf Bundesebene.
Für Bayern werden wir eine Priorisierung nach
objektiven Kriterien vornehmen.

680 **1.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

In einem Land wie Bayern ist es notwendig die
Dörfer, Märkte und kleineren Städte an die
685 Metropolregionen bzw. Ballungszentren
anzuschließen, aber auch den ländlichen
Raum stärker zu vernetzen. Daher brauchen
wir ein stark ausgebautes und attraktives
öffentliches Verkehrsnetz zu erschwinglichen
690 Preisen. Der Wohnort darf keinen Nachteil für
den Arbeitsalltag sowie die Freizeitgestaltung

darstellen. Mobilität ist kein Luxusgut, sondern muss eine Selbstverständlichkeit sein.

695 Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder
muss sich schnell und unkompliziert bewegen
können – egal ob Pendler, Familien, Schüler
oder Senioren. Dafür müssen wir die
700 notwendige Infrastruktur bereitstellen. Der
ÖPNV muss sich in seiner Ausprägung stärker
an dem Bedürfnis der Verkehrsteilnehmer
ausrichten, die sehr individuell entscheiden,
wie sie sich fortbewegen wollen. Das
705 bedeutet, dass künftig neben Bus und Bahn
auch mehr öffentliche Fahrräder, öffentliche
elektrische Pkw, Carsharing und
Mitfahrgelegenheiten bereitgestellt werden
müssen.

710 **1.4 Luftverkehr**

Wir bekennen uns zu den Flughäfen München
und Nürnberg. Gleichzeitig müssen wir aber
715 die Subventionen für Regionalflughäfen
grundsätzlich überdenken. Wir halten es für
schädlich, für viel Geld Kleinflughäfen
künstlich am Leben zu erhalten, die keine
nennenswerte wirtschaftliche Verbesserung
für die Region bringen, aber Anwohner durch
720 Fluglärm und Abgase zusätzlich belasten. Wir
erkennen das Ergebnis des Bürgerentscheids
zur 3. Start- und Landebahn in München an
und setzen uns dafür ein, dass die 3. Startbahn
nicht gebaut wird.

725

1.5 Wasserstraßen

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist ein
wichtiger Garant von Arbeitsplätzen in den
730 Regionen – nicht nur als Arbeitgeber in den
Bauhöfen, Ämtern, Direktionen und
Außenbezirken. Die Binnenschifffahrt sichert
auch die Beschäftigung in den
hafenbezogenen Branchen und der regionalen
735 Wirtschaft entlang der Kanäle und
Wasserstraßen. Die Zahl der Güter- und
Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal,
einem wichtigen Bestandteil des
transeuropäischen Transportnetzes, wächst
740 stetig. Wir wollen die Donau sanft schiffbar
machen, lehnen den staustufengestützten

Donauausbau aber ab. Zusammen mit der Bundes-SPD fordern wir eine zukunftsgerechte Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Wir wollen mehr Binnenschifffahrt für Güterverkehr nutzbar machen.

1.6 Fahrradverkehr

Für die wachsende Zahl von Radfahrenden müssen die bayerischen Radwege ausgebaut werden. Denn aus Umwelt-, Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, und Lärmschutzgründen wollen wir das Fahrradfahren weiter fördern. Der Ausbau der Radwege an Bundesstraßen, der unter der rot-grünen Bundesregierung massiv vorangetrieben wurde, wird von Schwarz-Gelb vernachlässigt. Wir wollen die Kilometerzahl der ausgebauten Fahrradwege auf dem Land und in der Stadt spürbar erhöhen. Dabei dürfen wir auch die Verkehrssicherheit nicht außer Acht lassen: An vielen Bundesstraßen, insbesondere außerhalb von Ortschaften, fehlen Fahrradwege. Gleichzeitig gehen Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrenden außerorts unverhältnismäßig häufig tödlich aus. Letztlich profitieren alle Verkehrsteilnehmenden von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Radwege und Straßen, beispielsweise durch Radspuren auf großen Straßen oder reduzierte Geschwindigkeit in Ortschaften. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen eigenen Haushaltstitel.

2. Energie

Die BayernSPD will eine rasche Umsetzung der Energiewende, auch in Bayern. Wichtig ist dabei ein klares Konzept und verlässliche Aussagen von der Politik. Auch müssen die Kommunen und Bürger von Anfang an eingebunden werden, was vor Ort möglich ist und wie es erreicht werden soll. Denn für eine erfolgreiche Energiewende muss Akzeptanz und Wille zum Engagement geschaffen werden. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die Energieversorgung auf neue Beine zu stellen – weg von den großen Monopolen, hin zu kleinen, energieautarken

Kommunen. Dabei müssen wir die Kommunen unterstützen, damit sie in der Lage sind, die erforderlichen energiepolitischen Maßnahmen umzusetzen. Dafür wollen wir eine „**Ausbauoffensive Energiewende**“ starten, die auf kommunale, genossenschaftliche und mittelständische Energieunternehmen setzt. Hinzu kommt, dass durch regional organisierte Versorgungssysteme der Landschafts- und Naturschutz geregelt werden kann.

Der einzige zukunftsfähige Weg zu einer sicheren Energieversorgung führt über die Erneuerbaren Energien. Bayern bietet große Chancen für dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Wind, Biogas, Geothermie, Sonne und Wasserkraft – ergänzt durch gasbefeuerte Gas-und-Dampf-Anlagen bevorzugt in Kraft-Wärme-Kopplung. Wir setzen auf eine intensive und frühe Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern einerseits bei den notwendigen Standortentscheidungen – auch zur Linienführung der Hochspannungsleitungen – und andererseits als Mitinhaber von Anlagen, beispielsweise über genossenschaftliche Modelle. Ebenso müssen wir in Bayern Pumpspeicherkraftwerke ausbauen und mehr Forschung in Druckluft und Wasserstoff investieren.

Hinzu kommt, dass insbesondere kleine und mittlere Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort bei der Erstellung, dem Betrieb, der Wartung und Instandhaltung sowie bei der Reparatur von regionalen Anlagen beteiligt sind. Damit wird die regionale Wertschöpfungskette gestärkt und auftretende Probleme können vor Ort gelöst werden.

Darüber hinaus muss das Bewusstsein für die Energiewende in der Bevölkerung tief verankert werden. Hierzu braucht es eine Verankerung im Bildungswesen von Anfang an. Als BayernSPD wollen wir dazu die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, die Information der Bevölkerung und die Forschung an Universitäten, Fachhochschulen und Instituten für die Erneuerbaren Energien

fördern.

3. Telekommunikation

845

Der Anschluss an schnelles Internet ist heute ebenso wichtig wie der Anschluss an Strom, Wasser und Telefon. Schnelles Internet und damit die Möglichkeit, weltweit zu kommunizieren, ist ein immens wichtiger Standortfaktor – gerade im ländlichen Raum.

850

Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben und ist damit längst

855

Teil der Daseinsvorsorge. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare Breitbandinfrastruktur ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine moderne

860

Wirtschaft, Bildungslandschaft, Gesundheitsversorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse im Flächenland Bayern.

865

Wir werden den Breitbandausbau in Bayern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen und eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land vermeiden. Ziel sind für uns 50 MBit in jedem Gewerbebetrieb und jedem Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis zum Jahr 2030.

870

Kurzfristig wollen wir eine flächendeckende Grundversorgung verwirklichen: Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch aller Verbraucherinnen und Verbraucher auf eine

875

Mindestversorgung mit Breitband ein. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat eine Universaldienstverpflichtung bisher

880

abgelehnt. Die BayernSPD setzt sich für eine Bundesratsinitiative für die Verankerung einer Breitband-Universaldienstverpflichtung im Telekommunikationsgesetz ein.

885

Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der neben dem Staat auch die Kommunen, die Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatliche Verantwortung übernehmen und nicht mehr die Kommunen mit den Herausforderungen und Problemen alleine lassen.

890

895 Zu einer bedarfsgerechten Kommunikationsinfrastruktur gehört auch die Beseitigung der Einsatzhemmnisse bei LTE im grenznahen Raum, hier werden wir gemeinsam mit den Anbietern und der Bundesnetzagentur Lösungen entwickeln.

900 Die BayernSPD wird sich für eine flächendeckende WLAN-Versorgung an öffentlichen Plätzen einsetzen. Schnelles Internet bedeutet Teilhabe und sollte damit allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

905

F. Finanzierung

910 Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze hängen an den richtigen Investitionsentscheidungen für die Zukunft. Staatliche Investitionen resultieren oft aus der Garantie einer guten Daseinsvorsorge, sie kosten Geld, sie müssen durch Steuereinnahmen gegenfinanziert werden. Ein gesellschaftlicher Konsens besteht hinsichtlich der Notwendigkeit von mehr Investitionen in Forschung und Bildung. Ebenso wichtig sind die Investitionen in Infrastruktur. Unstreitig ist, dass Infrastruktur (insbesondere die Verkehrsinfrastruktur) seit Jahren auf Verschleiß gefahren wird. Selbst die notwendigen Erneuerungsinvestitionen unterbleiben auf allen politischen Ebenen. 920 Wer die Zukunft sichern will, muss in den Dreiklang Forschung, Bildung und Infrastruktur mehr investieren als bisher. 925

930 Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit“ der Bundes-SPD. Nur durch mehr Steuereinnahmen können solche Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und dauerhaft finanziert werden. Dafür braucht es mehr Geld in den öffentlichen Haushalten. 935

940 Für Bayern würden – durch die Umsetzung des SPD-Bundesprogramms - allein aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer mehr als 1,5

945 Milliarden Mehreinnahmen pro Jahr resultieren. Die Rücknahme der Klientelgeschenke von schwarz-gelb summiert sich fast auf eine weitere halbe Milliarde für den Freistaat und seine Kommunen. Alles Geld, das dringend auch für die kommunale und die staatliche Infrastruktur erforderlich ist.

950 Wir stellen uns gegen die Pläne der EU-Kommission, die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen in „reicheren“ Regionen wie Bayern ab der neuen Förderperiode 2014 zu streichen. Nachhaltige Lösungen müssen weiter förderfähig bleiben.

955 Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr. Es müssen diejenigen an den Kosten angemessen beteiligt werden, die die Infrastruktur am meisten abnutzen. Ein LKW nutzt eine Straße bis zu 60.000 Mal stärker ab als jeder PKW. Die BayernSPD tritt deshalb für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und mittelfristig auch auf Staats- und Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere Milliarden jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden. Gleichzeitig ist es das wirkungsvollste Mittel um Mautausweichverkehre zu bekämpfen, die viele Anwohner unzumutbar belasten, und die Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur Kasse zu bitten. Bei der Neuausschreibung der LKW-Maut besteht die Chance, die Weichen für die Internalisierung externer Kosten auf dem gesamten Straßennetz zu stellen.

980 Die BayernSPD lehnt die Pläne von CSU-Verkehrsminister Ramsauer für die Einführung einer PKW-Maut als Vignette ab. Sie verteuert die individuelle Mobilität, trifft insbesondere die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum und hat zudem keine ökologische Lenkungswirkung. Das Argument, ausländische PKWs zu den Kosten heranziehen zu wollen, greift bei näherer Betrachtung nicht. Denn die Verwaltungskosten einer PKW-Vignette

990 fressen die Einnahmen durch ausländische PKWs (ca. 7 % aller PKWs auf den inländischen Autobahnen) in etwa auf. Die von der CSU versprochene KFZ-Steuersenkung für inländische PKWs im Gegenzug zur PKW-Maut
995 kann nicht funktionieren. Entweder verstößt dies gegen das Europarecht und ist unzulässig oder sie führt unter dem Strich zu keinen nennenswerten Mehreinnahmen, um in Infrastruktur investiert zu werden.

Ebenso lehnt die BayernSPD die Pläne aus dem schwarz-gelben Lager ab, Infrastrukturfinanzierung über Privatisierungen und PPP-Projekte zu organisieren. Für uns ist Infrastruktur Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Antragsbereich I/ **Antrag 2**

Ortsverein Holzkirchen (83607)
(GSt. Wolfratshausen)

Verkehr

- | | | |
|----|---|--------------------------------------|
| 5 | 1. Zur Erhöhung der Lebens- und Umweltqualität spricht sich die SPD dafür aus, in Städten und Gemeinden in Einzelfällen die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h auch auf Bundesstraßen zu ermöglichen. Die Entscheidungskompetenz soll dabei bei den Kommunen liegen. | Punkte 1 und 3
Abstimmung |
| 10 | Laut einer EU-Expertise heißt Tempo 30 weniger schwere Unfälle, weniger Unfälle überhaupt, deutlich weniger Schadstoffausstoß und erheblich weniger Lärmbelästigung. | Punkte 2 und 4
Erledigt durch I 1 |
| 15 | 2. Nach Ausbau des Brennerbasistunnels sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zwingend zu verlagern. Entsprechende Regelungen sind spätestens zur Eröffnung des Tunnels in Kraft zu setzen. Das Prinzip „rollende Landstraße“ muss zur Entlastung der alpenüberquerenden Autobahnen realisiert werden. | |
| 20 | 3. Die SPD-Bundestagsfraktion soll gesetzgeberische Maßnahmen entwickeln, die inzwischen fast nur noch anzutreffende „Just-in-time-Lagerhaltung“ und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Verkehrswege und die Abwälzung der Lagerhaltungskosten letztlich auf den Steuerzahler drastisch einzuschränken. Gleiches gilt auch für die sogenannten „Krabbenpul-Transporte“. | |
| 25 | 4. Ein Verbot der Gigaliner im Straßenverkehr ist das Gebot der Stunde, um kein falsches Signal zu setzen und nicht das verkehrspolitische Credo der SPD „Schiene vor Straße“ auszuhebeln. | |
| 30 | | |
| 35 | | |
| 40 | | |

Begründung: erfolgt mündlich.

Antragsbereich I/ **Antrag 3**

Konsequente Strategie zur Energiewende

	Die Energiewende gelingt umso schneller, je effizienter wir die vorhandenen Mittel einsetzen. Es ist höchste Zeit für eine Besinnung auf einfache Grundsätze:	Überweisung als Material an
5		Landtagsfraktion
	Alternative Energien sollten uns alle gleich wichtig sein. Die Förderung der regenerativen Energien soll nur auf der Basis erzeugte Energiemenge (kWh) erfolgen und für alle Erzeugungsarten gleich hoch sein	Bundestagsfraktion
10		
	Wir wollen den Bau möglichst vieler neuer regenerativer Anlagen. Dazu darf der Förderzeitraum die wirtschaftlich notwendige Förderdauer nicht überschreiten. Zu lange Förderfristen behindern den Ersatz durch bessere und effektivere Anlagen und verlangsamen den technischen Fortschritt.	
15		
	Die Förderung regenerativer Energien geht nicht ohne sichtbare Veränderungen der Landschaft und braucht eine breite Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung. Daher sollten auch die Einnahmen aus der Förderung bevorzugt den Anwohnern oder ihren Gemeinden zukommen.	
20		
	Die Energiewende hat das Ziel, fossile Energieträger und Kernenergie so schnell wie möglich abzulösen. Das bedeutet, 83% der bisherigen Stromversorgung zu ersetzen bzw. 91% der Quellen der Primärenergie (BMWI, August 2010). Die bekannten Lösungen sind Einsparung und Ersetzung durch regenerative Energie.	
25		
	Das endgültige Abschalten der AKW war für ca. 2021 geplant, die Laufzeitverlängerung hätte den endgültigen Ausstieg auf ca. 2035	
30		
35		
40		

45 verschoben. Unter dem Eindruck von Fukushima wird diese Verlängerung keinen Bestand haben und die Ablösung der Kernenergie, die ca. 23% des Stroms liefert, sogar beschleunigt werden.

50 Der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung hat dank großzügiger Förderung von 2000 bis 2010 von 6% auf 17% zugenommen. Eine Ablösung der Kernkraftwerke in ca. 10 Jahren bedeutet
55 eine Verdoppelung dieser Anstrengung, scheint aber möglich. Wenn man dieser Aufgabe die Priorität gibt, wird man die Ersetzung der fossilen Energie und damit die Ziele der CO₂-Senkung zurückstellen
60 müssen.

Die Verdoppelung des Anteils regenerativer Stromerzeugung erfordert hohe Mittel für Investitionen und Fördergelder, welche nur vom Bürger in seiner Rolle als Steuerzahler und Stromkunde kommen kann. Lobbyisten von Auto- bis Zuckerrübenbauern freuen sich nun eine Auffüllung der Subventionstöpfe. Eine rationale Strategie mit Zielen und Kriterien für die Verwendung und Höhe der Fördergelder wäre darum notwendig, ist aber leider nicht erkennbar. Es gibt eine unübersehbare Vielzahl von Subventionen je nach Erzeugungsart, Größe, Standort, Alter, Inbetriebnahmedatum. Das wichtigste aber fehlt: Die Berücksichtigung der Effizienz der eingesetzten Mittel!

80 Es gibt keine guten und schlechten erneuerbaren Energiequellen. Solarthermie, Photovoltaik, Wasser, Wind, Wellen, Erdwärme und Biomasse sind uns gleich lieb und sollten uns auch gleich viel
85 Wert sein. Wettbewerb im Energiemix steigert Effizienz und Verfügbarkeit. Darum sind wir für eine unvoreingenommene Förderung aller regenerativen Energien und eine Angleichung der Fördersätze. Es ist nicht sachlich begründbar, ineffizient und
90 eine Bremse für die Energiewende, die Solarenergie über alle Maßen zu bevorzugen. Eine Kilowattstunde

95 Wasserkraft wird mit 8 Cent, eine kWh
Windstrom mit 9 Cent, für eine kWh
Solarstrom dagegen effektiv 48 Cent
bezahlt. Diese Politik bewirkt, dass viele
Potentiale nicht genutzt werden. So gibt es
100 nicht nur viele nicht genutzte
Windstandorte, sondern auch an
Bachläufen gibt es immer noch genügend
verfallene Mühlen, die man aktivieren
könnte, wenn die Förderung dafür anhebt.

105 Die Förderpolitik muss endlich auf eine
rationale Grundlage gestellt werden. Was
ist das Ziel? Wie können wir es am besten
erreichen? Welche Aktionen? Gut gemeint
ist nicht gut genug!

110 Die technische Entwicklung ist erst am
Anfang, niemand kann vorhersagen, wie
sich Konstruktion, Kosten und Effizienz der
Anlagen langfristig entwickeln. Wer bei der
115 Förderung der regenerativen Energien den
Fortschritt der Computerindustrie als
Vorbild sieht, muss sich auch vor Augen
halten, dass hier eine Produktlebensdauer
von wenigen Jahren die Regel und auch
120 eine Voraussetzung für diesen Fortschritt
ist. Die breite Förderung der Forschung ist
notwendig, um den Einsatz von Ressourcen
wie Energieeinsatz, Flächen, Natur,
Düngung möglichst effizient zu gestalten
125 und eine internationale Spitzenposition zu
halten

Es ist mehr Mut gefragt, an die eigenen
Vorhersagen der Verknappung fossiler
Energie und den damit verbundenen
Preisanstieg des Strompreises zu glauben,
der dann eine ökonomische regenerative
Energieerzeugung ohne Subventionen
bewirkt.

Gerechte Strukturpolitik in der Oberpfalz

5	Bayern und die Oberpfalz bieten eine hohe Lebensqualität. Richtige Grundsatzentscheidungen in der Landesplanung und den Kommunen, vor allem aber die Motivation und Gemeinsinn der Bevölkerung, die sich mit ihrer Heimatregion verbunden fühlt, ermöglichen dies. Die oberpfälzer Wirtschaft mit all ihren Beteiligten ist dabei wichtige Stütze unserer Solidargesellschaft. Gerade die Regionen Cham und Schwandorf zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch auf dem Land möglich ist; wir werden aber nicht akzeptieren, dass dies sozial ungerecht geschieht und mit Leiharbeit, Hire and Fire und Arbeitszeitverlängerungen geschieht. Dafür ist gute Strukturpolitik notwendig.	Überweisung als Material an Landtagsfraktion Bundestagsfraktion Bayerische Abgeordnete im EP
10		
15		
20	Das Leben und damit die Anforderungen an die Strukturpolitik ändern sich. Unsere Welt, zwar schon immer internationalisiert und vernetzt, wächst durch die neuen Technologien so sprunghaft und unstet zusammen, dass sich die Menschen zu Recht überfordert fühlen. Diese Entwicklung stellt uns auch in Bayern vor neue Herausforderungen.	
25		
30	Wir sehen den Menschen im Mittelpunkt des staatlichen Handelns und der Wirtschaft. Die Wirtschaft dient als Mittel zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen, nicht des Marktes.	
35	Deshalb wollen wir uns in der Strukturpolitik auf folgende Bereiche konzentrieren:	
40	- Grüne Technologie, Nachhaltigkeit und Ländlicher Raum - Gesundheitswirtschaft und Tourismus	
45	- Innovation bei neuen Werkstoffen und Robotik - Dienstleistungen der privaten und öffentlichen Hand , Infrastruktur, Mobilität,	

- Forschung, Bildung u. Entwicklung

Die Ideen und Innovationen sind bereits in den Köpfen der Menschen vorhanden. Wir wollen ihnen helfen, diese umzusetzen, um Bayern zum bedeutendstem Zukunftsstandort der Welt zu machen. Natürlich bleiben die klassischen Branchen wie Maschinenbau und Fahrzeugbau, um nur zwei zu nennen, weiterhin bedeutende Zweige der bayerischen Wirtschaft. Auch diese werden von den neuen Ideen profitieren.

Damit das gelingt, müssen die Wirtschaft, die Verwaltung und die Politik in der Oberpfalz sich nach unseren Vorstellungen weiterentwickeln.

Deswegen fordern wir:

1. Arbeit

- Wir wollen, dass unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen familienfreundlich werden. Dazu gehört die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade in ländlichen Gebieten der Oberpfalz noch brach liegt. Wir wollen die auch in der Oberpfalz zunehmende demografische Entwicklung als Herausforderung für die Infrastruktur und als Chance für unsere Gesellschaft annehmen. Die Demografie zeigt bereits in den Landkreisen Tirschenreuth und Neustadt ihre Wirkung. Im Jahr 2020 werden in der Mehrheit der Landkreise und kreisfreien Städte weniger Menschen leben als heute. In der Oberpfalz wird das Durchschnittsalter von jetzt 42 auf 47 Jahre steigen. Dies gilt es zu steuern. Wir wollen das Zusammenleben von Alt und Jung stärken. Familien sollen auch in der Fläche ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Wir setzen uns für neue Arbeitszeitmodelle und Betriebskindergärten ein. Wir sehen diese als eine Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft und Staat. Wir wollen flächendeckende soziale Netze zur gegenseitigen Hilfe, den Aufbau lokaler Bündnisse für Senioren und Jugendliche, Barrierefreiheit bei Neu- und Umbauten, mehr altersgerechten Wohnraum, Mehrgenerationenprojekte und Arbeitsmarktförderung für Ältere.

- Wir wollen eine Wirtschaft die niemanden ausschließt. Deswegen werden wir die Inklusion

- und Integration in der Arbeitswelt fördern u. fordern. Dazu gehört auch der wirtschaftlich immer bedeutendere Sektor von Behindertenwerkstätten, usw. zu fördern.
- 100 - Wir wollen einen öffentlichen Beschäftigungssektor flächendeckend einführen um somit vorhandene aber brachliegende Potenziale, insbesondere in lokaler Verantwortung, zu nutzen.
- 105
- 110 - Wir wollen die berufliche Aus- und Fortbildung durch Verpflichtungen und Kooperationen ausbauen und intensivieren. Wir sehen die berufliche Bildung als eine der Hauptvoraussetzungen für eine starke bayerische Wirtschaft.
- 115 - Wir wollen Telearbeitsplätze fördern und die so Menschen vor Ort halten.
2. Struktur und Infrastruktur
- 120 - Wir sehen gerade in Ostbayern in dem Ausbau der Schiene den größten Nachholbedarf. Sowohl beim Personen- wie auch beim Güterverkehr. Neben Gleisausbau bzw. -modifizierung muss ebenso die weitere Bahninfrastruktur verbessert, ausgebaut oder geschaffen werden.
- 125 die Strecke Hof-Regensburg muss endlich elektrifiziert werden,
- 130 zwischen München-Prag-Regensburg-Schwandorf muss eine adäquate Fernzugstrecke entstehen
- zwischen Nürnberg und Prag muss der Fernverkehr verbessert werden
- 135 die Zusanbindung an den Flughafen München muss endlich fertiggestellt werden.
- 140 - Wir wollen mehr Güter auf die Schiene verlagern. Dazu müssen neben den Gleisen bzw. Strecken Logistikhubs im Außenbereich von Städten entstehen. So wollen wir den Fernverkehr auf den Autobahnen reduzieren. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab, denn darin sehen wir einen Rückschritt in der Mobilitätsentwicklung. Daneben
- 145 wollen wir den Logistikverkehr im Nahverkehr

umstellen, z. B. hin zu Elektromobilität o. ä., um so für die bayerische Wirtschaft schädlich hohen Benzinpreise entgegenwirken.

150 - Der Öffentliche Personennahverkehr hat auch für die ostbayerische Wirtschaft eine große Wichtigkeit. Sowohl die Konsumentinnen und Konsumenten, wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen im Flächenland Bayern zu den Unternehmen kommen. Wir werden den Ausbau des ÖPNV wieder aufnehmen und die Angebote und Strukturen verbessern. Wo eine Schienenanbindung nicht möglich ist, muss der Nahverkehr durch Regionalbusse ermöglicht werden. Dabei muss es Prämisse sein, dass dies keine Alibiversorgung mit ein bis zwei Fahrten pro Tag sein darf, sondern den Bedürfnissen vor Ort gerecht sein muss.

165 - Wir wollen die für die ostbayerische Wirtschaft notwendigen Netze (aus)bauen. Dazu zählen für uns Pipelines, Stromnetze, Hochspannungsnetze, sowie Internet- und Breitbandnetze. Dabei hat die Anbindung an Europäische Netze für uns größte Wichtigkeit. Der Anschluss an schnelles Internet muss als Teil der Daseinsvorsorge ins Telekommunikationsgesetz geschrieben werden. Internet ist das Telefon des 21. Jahrhunderts, deshalb müssen alle Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf einen Anschluss an schnelles Internet erhalten.

180 - Wir wollen eine an ökonomischen u. ökologischen Gesichtspunkten orientierte Siedlungspolitik für Gewerbe. Diese soll neben dem Flächenverbrauch eine Zersiedelung vermeiden, um so die vorhandenen ökonomischen u. ggf. ökologischen Ressourcen besser miteinander zu verbinden und Synergieeffekte ermöglichen.

190 - Wir wollen die Modernisierungen von alten Industrie- und Gewerbeflächen. Dies ist Neubauten vorzuziehen. Ebenso sollen damit bereits vorhandene Struktur genutzt und der Flächenverbrauch reduziert werden.

195 - Die großen Flughäfen in Nürnberg und München und die Verladebahnhöfe in Ostbayern sind an das Verkehrsnetz besser anzubinden, vor allem die

200 Flughäfen bedürfen einer besseren Schienenanbindung. Bevor Flughäfen weiter ausgebaut werden, muss die verbesserte Anbindung erfolgen. Daneben wollen wir sicherstellen, dass alle Flug- und Verladebahnhöfe zu gleichen Teilen ausgelastet sind.

205 3. Wirtschafts-, Technologie, Innovationsförderung und Finanzierung

210 - Es soll dafür gesorgt werden, dass Gründer- u. High-Tech-Innovationszentren an entsprechenden Hochschulen an(ge)siedel(t)n bzw. bei vorhandenen Strukturen erweitern werden.

215 - die Autoproduktionsstandorte der mittleren und südlichen Oberpfalz, die Bauunternehmungen und High-Tech Unternehmen der Westoberpfalz, die BioParkinitiative, die mittelständischen Unternehmen des Norden und der Ostoberpfalz müssen stärker unterstützt und vernetzt werden. Dies soll durch Clustereinrichtungen und IT-Technik verstärkt werden. Wir brauchen dauerhafte Produktionsarbeitsplätze, die die Umstellung auf neue, nachhaltige Techniken schaffen, den Menschen Stabilität garantieren und nicht auf Leiharbeit sondern auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind.

225 - Kommunale Investitionsprogramme, Modernisierungen kommunaler Einrichtungen, Förderungen für das heimische Handwerk inkl. Förderprogramme bzw. Investitionsprogramme von privaten u. öffentlichen Vorhaben z. B. Bürgerkraftwerke o. der zunehmenden Aktivitäten im Zusammenhang einer Energieautonomie von Kommunen müssen Förderschwerpunkte werden.

235 - Genossenschaftsmodelle sollen gefördert werden, da sie unter anderem im ländlichen Raum und bei Kleinst- und Kleinbetrieben Synergieeffekte auslösen können und die Strukturen vor Ort erhalten.

240 - Wir wollen die Beratungsangebote und Hilfen zu Unternehmensgründungen inkl. der nachfolgenden Phasen (Anfang- und Aufbau) zusammen mit den Kammern und Verbänden weiter ausbauen und dezentraler anbieten.

245

Wir wollen die Chancen der Energiewende im Bereich regionale Wertschöpfung und Arbeitsplatzpotentiale nutzen. Wir fordern ein Cluster erneuerbare Energien in Nordostbayern zur Intensivierung der notwendigen interdisziplinären Forschung, vor allem im Bereich der Speichertechnologien.

4. Kommunale Daseinsvorsorge/Versorgung/Energie

- Energieversorgung zu vernünftigen Preisen, gerade für energieintensive Branchen muss gewährleistet werden. Für uns ist es oberste Prämisse dies sicherzustellen. Die großen Versorger können dies nicht mehr gewährleisten, deswegen wollen wir dies für unsere Wirtschaft sicherstellen. Unter anderem durch kommunale bzw. rekommunalisierte Versorgungsunternehmen und Förderung von Bürgerkraftwerken mit Beteiligung der lokalen Wirtschaft.

- Wir werden sicherstellen, dass alle ostbayerischen Unternehmen Zugang zu den allgemein als kommunale Daseinsvorsorge bezeichneten Versorgungs- und Dienstleistungsbereichen haben (Energie, Wasser, Entsorgung, usw.). Da unsere Wirtschaft Sicherheit braucht und nicht zum Spielball von Kräften eines unregulierten Marktes werden darf, wollen wir die kommunale Daseinsvorsorge wieder stärken. Dies schafft gleichzeitig sichere, gute und lokale Arbeitsplätze in den Zukunftsmärkten der nächsten Jahren (Kreislaufwirtschaft, alternative Energien, usw.).

5. Steuern/Finanzen/Verwaltung/Politik

- Wir wollen Genehmigungsverfahren schneller und demokratischer zum Abschluss bringen bzw. im Bodenrecht auf den Bund hinwirken, diese zu modernisieren. Wir wollen wieder hin zu einer präventiven Bau- und Wirtschaftsplanung, um Rechtssicherheit für alle zu erreichen. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung, den Ausbau der Genehmigungsbehörden und Planungsvorhaben weiter in öffentliche Hände geben, um größere Rechtssicherheit und Akzeptanz bei Großprojekten zu bekommen und schneller durchführen zu

können.

300 - Die europaweite Vernetzung von Strukturen
muss in Zukunft auch grenzübergreifend möglich
sein. Wir werden für eine bessere Vernetzung mit
unseren angrenzenden Partnern sorgen. Im
Rahmen der Donau-Moldau-Region, der Euregio-
Egrensia wollen wir eine immer engere
Zusammenarbeit mit unserer tschechischen
305 Nachbarregion Pilsen. Es muss ein gemeinsamer
bayerisch-böhmischer Wirtschafts-, Hochschul-
und Tourismusraum entstehen. Die Hochschulen
Amberg-Weiden, Regensburg und die Universität
Regensburg, die FH-Deggendorf, der Technologie-
310 Campus Cham und die Handelskammern müssen
nach dem Vorbild der gemeinsamen Grenzpolizei
in Schwandorf, mit ihren Partnern in Pilsen und der
Region immer enger zusammenarbeiten.

315 - Wir wollen die Anzahl an Steuerprüfer bzw.
Betriebsprüfer aufstocken, mehr
Unternehmensprüfungen durchführen und die
Beratungsangebote für Start Ups, Kleinst-, kleine
und mittlere Unternehmen ausweiten. Oftmals
320 scheitern viele Unternehmen (kleine 3 Betriebe,
Einzelhändler) an unzureichender Buchführung
und sehen so Gefahren nicht kommen.

325 - Die Gründungen von Genossenschaften sollen
erleichtert und die Rahmenbedingungen
verbessert werden.

330 - Wir wollen den Übergang von
Unternehmensnachfolgen so verträglich wie
möglich für das Unternehmen und seine
MitarbeiterInnen gestalten, ohne dabei die
gesamtgesellschaftliche Verantwortung
vergessen.

335 - In Zukunft wollen wir, dass Entscheidungen
soweit wie möglich dezentral gemacht werden.
Vor Ort sind die Bedürfnisse und Anforderungen
oftmals besser bekannt und passgenauere
Lösungen können von dort besser betrieben
340 werden. Die zunehmende Zentralisierung ist
deshalb abzulehnen.

345 - Wir wollen den Barriere freien Zugang zu EU-
Fördermitteln sicherstellen und die Verwaltung

dementsprechend darauf vorbereiten.

350 - Wir werden unsere heimische Wirtschaft vor
Wettbewerbern schützen, die z. B. mit
Dumpinglöhnen oder minderen
Umweltschutzstandards arbeiten. Dazu werden
wir auf allen politischen Ebenen aktiv arbeiten.

355 - Wir werden unser Sparkassen sowie die Volks-
und Raiffeisenbanken vor ungerechtfertigten
Restriktiven schützen.

360 - Wir werden das E-Gouvernement weiter
ausbauen um so die Wege kurz zu halten und den
schnellen und einfachen Informationsfluss zu
gewährleisten.

6. Wissensstandort Ostbayern

365 - Wir werden Forschungsstandorte stärken, indem
wir Lehrstühle sowie Forschungseinrichtungen
ausbauen und besser finanzieren. Wir wollen
Forschung intensivieren. Dazu gehört für uns auch,
dass Praktika usw. im forschenden
370 Zusammenhang gerecht entlohnt werden, um so
den Fokus auf Forschung zu legen. Wir wollen
Perspektiven geben und deswegen längerfristige
Stellen schaffen. Forschung sollte unabhängig von
Unternehmen agieren können um zu starken
375 Einfluss der Wirtschaft zu vermeiden, und so
breiter forschen zu können ohne zu
eindimensional zu denken. Die
Forschungsförderung der Wirtschaft ist uns
willkommen, sie muss aber von der eigentlichen
380 Forschung klar getrennt sein.

385 - Die (Um- u. Weiter-)Qualifizierung von
Mitarbeitern, ist für uns klare Bedingungen um
unter anderem den Fachkräftemangel zu
begegnen.

390 - Hochschul- bzw. Universitätsstädte werden in der
Zukunft noch mehr Menschen anziehen. Wir in
Bayern haben den Anspruch eine
Wissengesellschaft zu sein. Dementsprechend
müssen wir dem folge tragen und Wissen lokal wie
auch überregional anbieten und ausbauen. Dazu
müssen wir die Möglichkeit und Angebote
395 schaffen, den Menschen den Zugang zu Bildung zu

ermöglichen.

7.Ländlicher
Raum/Landwirtschaft/Landesentwicklung

400

- Die Landwirtschaft in Bayern ist ein wichtiger Faktor, der, im Zuge der Versorgung und der Lebensgestaltung für Bayern, zu erhalten ist.

405

- Wir wollen die regionalen Märkte u. a. in der Landwirtschaft stärken um mehr Abnehmer zu finden und zu halten und um große Massenbetriebe in der Landwirtschaft zu verhindern. Auch in diesem Bereich wollen wir Genossenschaftsmodelle stärken.

410

- Wir wollen einen Ausbau der Biolandwirtschaft. Diese hat neben dem ökologischen auch einen massiven touristischen Faktor. Da eine biologische Landwirtschaft zum Erhalt der bayerischen Landschaft führt.

415

- Wir wollen, wo möglich, einen Rückbau und eine Entsiegelung von Flächen, um der Landwirtschaft genügend Anbauflächen vorhalten zu können.

420

- Neben der Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge ist auch zu gewährleisten, dass regionale Handwerkshöfe und Gewerbezentren erhalten, ausgebaut oder errichtet werden, um das lokale Handwerk u. Gewerbe durch Synergien zu unterstützen. Diese können auch als idealer Standort für bzw. von Existenzgründern genutzt werden. Die Erweiterung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit im Zuge der EU- Osterweiterung bietet Chancen. Diese wollen wir nutzen und nicht vergehen lassen.

425

430

- Durch eine reine dem Gießkannenprinzip ausgerichtete Struktur- u. Förderpolitik werden wir den Menschen keinen Gefallen tun. Die Menschen erwarten, dass ihre Bedürfnisse befriedigt werden. Deswegen wollen wir Regionalbudgets als Instrument schaffen, das gezieltere und effizientere Struktur- und Förderpolitik verfolgen kann.

435

440

- Wir werden Programme zur Wohnungs-, Stadt- und Dorferneuerung ausbauen, um den ländlichen

445

Raum attraktiv zu halten.

450 - Wir unterstützen und fördern die regionale
Landwirtschaft. Sie leistet neben der Produktion
von agrarischen Produkten vielfältige, für die
Gesellschaft und der jeweiligen Region wichtige
Leistungen. Unter anderem Erhalten und Fördern
die Kulturlandschaft und leisten somit einen
weiteren Beitrag zur Erhaltung und Pflege von
455 Freizeit-, Erholungs- und Tourismusregionen

460 - Das Standort-Informations-System Bayern (SISBY)
und das Programm „Invest in Bayern“ soll verstärkt
den ländlichen Raum vorstellen und von diesem
überzeugen.

465 - Wir wollen auch im ländlichen Raum Ausbildung
und Fortbildung sicherstellen. Dazu werden wir
Angebote mit den lokalen Ebenen und Firmen
schaffen, um via Verbundausbildung usw. vor Ort
ausbilden zu können.

8. Tourismus

470 - Im Zuge der zunehmenden alternden
Bevölkerungsstruktur und der daraus
resultierenden gesellschaftlichen Änderungen
muss der Ausbau von Einrichtungen, Museen,
Hotels, Freiflächen usw. in Zukunft Behinderten-,
475 und Altersgerecht gestaltet werden. Sowohl durch
bauliche Änderungen wie auch eine Änderung
bzw. Erweiterung des Angebots. Kur- und Rehaorte
werden genauso an Bedeutung zunehmen, wie ein
weiterer Ausbau von familienfreundlichen
480 Angeboten und der Trendwende in ökologischen
Belangen. Für diese anstehenden Änderungen
werden wir sorgen.

485 - Der Rückbau von Flächen, um das Landschaftsbild
attraktiv zu halten und dem ökologischem Habitus
genüge zu leisten, ist für uns nicht nur aus
touristischen Gründen elementar.

490 - Große Freizeitparks sind aus unserer Sicht zu
vermeiden. Kleine Freizeitparks sind vorzuziehen.

495 - Im Zuge des Ausbaus der Ökolandwirtschaft wird
der Natururlaub massiv zunehmen. Weitere
Anstrengungen sind dahingehend zu machen, dies

auch im touristischen Segment auszubauen.

500 - Die vorhandenen Regionalmarketingverbände sollen in Zukunft vernetzter und partnerschaftlicher innerhalb der „Bayern Tourismus Marketing GmbH“ zusammenarbeiten, auch über Grenzen hinweg. Dazu werden wir mit unsern Partnern eine Koordinierungsstelle einrichten.

505 - Die Kultureinrichtungen (Museen, Theater, Kulturevents, usw.) wollen wir erhalten, modernisieren und ggf. ausbauen Das gehört auch zu dem Image einer Wissensgesellschaft.

960 - Die Rad-, Fuß- und Wanderwege usw. wollen wir erhalten, modernisieren und im Einklang mit der Umwelt ausbauen.

9. Forstwirtschaft

965 - Ostbayern ist Waldland. Wir wollen die Bayerischen Staatsforste schützen. Durchaus befürworten wir eine ökologische Bewirtschaftung des Forstes, lehnen aber eine weitere Privatisierung des Staatsforstes ab.

970 - Die Forste sind ein wichtiger touristische Faktor. Wir befürworten eine verantwortungsvolle und ökologische Nutzung der Wälder als Tourismusattraktion.

975 - Der Forst ist ein wichtiger Rohstofflieferant für die Energiewende. Die privaten und öffentlichen Eigentümer sollen durch nachhaltige Bewirtschaftung dazu beitragen.

- Bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen bzw. bei Fördergeldern müssen Ausschreibungen u. a. folgendes berücksichtigen: Einhaltung der Tariftreue, Bezahlung von gesetzlichen o. tariflichen Mindestlöhnen, Einhaltung von Umweltstandards.

Verkehrsinfrastruktur in der Oberpfalz deutlich verbessern

5	<p>Gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrswege sind Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen und eine zukunftsfähige Entwicklung. Gerade aber in den ländlichen Regionen ist Mobilität eine überlebenswichtige Grundvoraussetzung.</p>	Überweisung als Material an Landtagsfraktion Bundestagsfraktion Bayerische Abgeordnete im EP
10	<p>Im Bereich des Fernverkehrs konnte mit der Fertigstellung der A6 durch den massiven Einsatz der SPD-geführten Bundesregierung ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Ost- Westanbindung der Oberpfalz geleistet werden. Abgesehen von dieser bedeutenden</p>	
15	<p>Magistrale lassen nach wie vor eine ganze Reihe drängender Verkehrsprojekte noch immer auf sich warten.</p>	
20	<p>Dringend erforderliche Ausbau- und Ertüchtigungsmaßnahmen bleiben aus, weil sich die von CSU und FDP geführten Ministerien in Berlin und München abwechselnd den Schwarzen Peter zuschieben: dort wo es Baurecht gibt, fehlt</p>	
25	<p>die Finanzierung und wo die Mittel bereit stehen, fehlt es am rechtlichen Rahmen.</p>	
30	<p>So leiden gerade in Regionen ohne direkten Autobahnanschluss die Bundesstraßen unter dem ständig zunehmenden LKW-Aufkommen. Die Antwort von Bundesverkehrsminister Ramsauer ist</p>	
35	<p>derzeit offensichtlich der Gigaliner, den er nun auf unsere Straßen schicken will, während Investitionen aufgeschoben werden und die Oberpfalz auf die Verwirklichung folgender Verkehrsprojekte weiter warten muss:</p>	
40	<p>Im Bereich des Straßenbaus sind dies vor allem:</p>	
	<p>Der Ausbau der B85 Cham-</p>	

- Untertraubenbach bis Wackersdorf
- 45 Der dreistreifige Ausbau der B 20 Traitsching bis zur Grenze zum Landkreis Straubing-Bogen
- 50 Der dreistreifige Ausbau der B16 von Nittenau nach Regensburg
- Der Bau der Ortsumgehung Mühlhausen (B299)
- 55 der Ausbau des Lärmschutzes entlang der A93
- 60 Im Bereich des Schienenverkehrs sind die drängendsten Projekte:
- Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg
- 65 Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg – Amberg – Schwandorf
- Der Ausbau der Bahnstrecke München – Regensburg – Schwandorf – Furth im Wald und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Schwandorf – Furth im Wald
- 70 Berücksichtigung der Belange des Lärmschutzes bei all diesen Ausbauprojekten.
- 75 Modernisierung und Ertüchtigung zahlreicher Bahnhöfe
- 80 Dieser Rückstand muss schleunigst aufgeholt werden, um in der Mitte Europas wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung abzusichern und zu fördern.
- 85 Der SPD Bezirksparteitag Oberpfalz fordert daher Verkehrsminister Ramsauer auf, dem Beispiel seiner sozialdemokratischen Vorgänger zu folgen und die dringend notwendigen Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur der Oberpfalz auf den Weg zu bringen.
- Die Bayerische Staatsregierung wird

aufgefordert, für die im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthaltenen Projekte endlich Baurecht zu schaffen.

Antragsbereich I/Antrag 6

Jusos

Genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern

5	Die staatlichen Wohnungsbauunternehmen bzw. kommunalen Wohnbauträger stehen vor großen Aufgaben und Verpflichtungen. Nachdem viele Wohnungen dieser staatlichen Akteur_innen mittlerweile oft veraltet sind und den heute standardmäßig vorhandenen Strukturen nicht mehr entsprechen, besteht hier großer Handlungsbedarf. Dabei tragen die	Annahme weiter an Landtagsfraktion Bundestagsfraktion
10	Wohnungsbauunternehmen und Kommunen immer noch einen großen Teil des früher als „Sozialen Wohnungsbaus“ bezeichneten Bestandes, welcher es auch ökonomisch benachteiligten Menschen ermöglicht eine eigene Wohnung zu haben, auch wenn diese oftmals erhebliche Probleme aufweisen. Dies geht dabei von Schimmelbildungen über eine schlechte Heizsituation bis hin zu erheblichen Mängeln an den sanitären Einrichtungen.	
15	Doch auch diese Menschen haben ein Recht darauf Wohnungen zu beziehen, welche zumindest einigermaßen Rahmenbedingungen aufzeigen, die dem einfachen Standard entsprechen.	
25	Manche Wohnungsbauunternehmen und Kommunen haben diesen Handlungsbedarf auch durchaus erkannt. Sie stehen aber vor großen Herausforderungen: Auf der einen	
30	Seiten sollen diese Wohnungen renoviert werden, auf der anderen Seite ist dies aber auch mit einem erheblichen finanziellen	

35 Aufwand verbunden. Dieser wird unter
anderem auch durch die hohen
Anforderungen einer energetisch effektiven
Sanierung vergrößert. So tritt im Jahre 2012
eine neue Energieeinsparverordnung (Enef) in
Kraft, welche die Messlatte für
Sanierungsarbeiten noch höher legt.

40 Viele Wohnungsbauunternehmen und
Kommunen können diese Sanierungen in der
Folge nicht mehr wirtschaftlich darstellen. Sie
müssten in der Folge diese Kosten auf die
45 Miete umlegen, was diese enorm in die Höhe
treiben kann. Das Publikum, welches diese
Wohnungen nutzt, kann sich dies aufgrund
mangelnder ökonomischer Mittel aber oft
nicht leisten und müsste dann aus diesen
50 Wohnungen ausziehen und ihr gewohntes
Lebensumfeld verlassen, um sich schließlich
wieder eine Wohnung mit sehr niedrigem
Standard zu suchen, welcher für sie noch
bezahlbar ist.

55 Natürlich ist die Energiewende zu
befürworten, die BayernSPD spricht sich auch
absolut für eine Verwirklichung aus. Diese
jedoch muss auch so gestaltet werden, dass
60 Menschen mit stark eingeschränkten Mitteln
nicht unter ihr zu leiden haben.

Deshalb fordern wir:

65 1. Höhere Zuschüsse (Bsp. KfW-Mittel) für
gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen
und Kommunen, sodass diese die
notwendigen Sanierungsarbeiten auch
durchführen können, ohne dass die
70 vorhandene Mieterschaft verdrängt wird.

2. Eine professionelle Beratung der
Wohnbauunternehmen und Kommunen vor
Ort zum Thema Fördermöglichkeiten im
75 kommunalen bzw. gemeinnützigen
Wohnbausektor.

Antrag

Die Bayern SPD möge sich im Deutschen Bundestag, insbesondere nach der nächsten Bundestagswahl, im Deutschen Bundesrat und innerhalb der SPD-Bundespartei mit besten Kräften dafür einzusetzen, dass folgende

Forderungen an den Bundesgesetzgeber

welche dem Ziel und Zweck dienen, dass Mietern in Städten und Gemeinden mit einer starken Nachfrage nach Wohnraum ein menschenwürdiges Wohnen anstatt „kapitalwürdigen“ Wohnens ermöglicht wird, dass bei der Befriedigung von menschlichen Grundbedürfnissen mehr Solidarität und Gemeinsinn anstelle von privatem Profitdenken zum Tragen kommen und dass die Vermögensschere innerhalb unserer Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderklafft, als allgemeinverbindliche Gesetzesbestimmungen verabschiedet werden:

1. Definition der ortsüblichen Vergleichsmiete als echte Durchschnittsmiete

Die Tatsache, dass sich die ortsübliche Vergleichsmiete derzeit nach den Mietveränderungen der letzten vier Jahre (§ 558 Abs. 2 BGB), d. h. in Ballungsgebieten: nach den Mieterhöhungen, berechnet und nicht - wie der Laie vermuten würde – den Durchschnitt der Mieten sämtlicher bestehenden Mietverhältnisse über Wohnraum mit vergleichbaren Bedingungen innerhalb einer Gemeinde darstellt, ist seit Einführung dieser Definition im Jahre 1983 einer der Hauptgründe dafür, dass die Mieten bei entsprechender Nachfrage überproportional angestiegen sind.

Selbst in Zeiten der Stagnation bewirken die wenigen dann stattfindenden Mietveränderungen einen Anstieg der Vergleichsmiete, auch wenn die Masse der Bestandsmieten von der Höhe her gleich bleibt. Die Erhöhung der Vergleichsmiete berechtigt

Annahme in geänderter Fassung

geänderte Fassung wird nachgereicht

aber den Vermieter, im Rahmen der Kappungsgrenze Mieterhöhungen durchzusetzen, infolgedessen bei der nächsten Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete ein erneuter Anstieg festzustellen ist. Durch das jetzige System wird die Miethöhe wie in einer Spirale stetig nach oben geschraubt.

Zusammen mit einer Senkung der Kappungsgrenze auf z.B. 10 % würde die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete unter Einbeziehung sämtlicher Bestandsmieten sicherlich zu einer spürbaren Beruhigung auf den Wohnungsmarkt führen, was sowohl die Mieten als auch die Immobilienpreise angeht.

Wenn im Idealfall die Mietsteigerungen in Relation zu den Steigerungen von Einkommen und Renten ausfallen würden, würde auch die Vermögensschere in unserer Gesellschaft weniger auseinanderklaffen.

2. Absenkung der Kappungsgrenze nach § 558 Abs. 3 BGB auf ca. 10 %

Begründung wie unter 1.

3. Verbot der Börsennotierung von Immobilienaktiengesellschaften

Derartige Gesellschaften stimulieren durch höhere Gewinne aufgrund von Mieterhöhungen, Luxussanierungen u. ä. die Anleger an der Börse, ihre Aktien zu kaufen.

4. Staatliche Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften, der Schaffung von Erbbaurechten u. a.

Hierdurch werden preisgünstigere und beständigere Alternativen zur Beschaffung von Wohnraum ermöglicht. Insbesondere sollten auch Neugründungen oder Projekterweiterungen von solchen Genossenschaften entsprechend gefördert werden.

5. Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungssatzungsgebieten und Verbot der

- Kündigung wegen angemessener wirtschaftlicher Verwertung in Gebieten mit erhöhten Wohnungsbedarf
- 100 Dies würde den Erhalt von Wohnungen für Mieter mit geringerem Einkommen in ihren angestammten Wohnvierteln wesentlich begünstigen.
- 105 6. Einschränkung des Kündigungsgrundes wegen Eigenbedarf auf bestimmte nahe Angehörige und auf die Anfangszeit eines Mietvertrages sowie das Lebensalter des Mieters
- 110 Die Rechtsprechung tendiert dazu, den Eigenbedarf auch für entferntere Verwandte wie Nichten, Neffen usw. zuzulassen. Außerdem kann ein Vermieter absehen, ob in seiner Familie beispielsweise innerhalb von 5 – 10 Jahren ab
- 115 Mietbeginn Eigenbedarf auftreten könnte. Gegenüber Mietern im Rentenalter sollten Eigenbedarfskündigungen nicht mehr zulässig sein.
- 120 7. Heilung auch der ordentlichen Kündigung wegen Zahlungsverzugs bei Bezahlung der Rückstände innerhalb von 2 Monaten ab Rechtshängigkeit
- 125 Die fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzugs wird gemäß § 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB nachträglich unwirksam, wenn der Mieter, soweit nicht
- 130 entsprechende Kündigung bereits vorausgegangen ist, die Zahlungsrückstände innerhalb von 2 Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruches begleicht. Diese Heilungsmöglichkeit gilt nach dem Gesetz aber nicht für ordentliche
- 135 Kündigungen wegen Zahlungsverzugs. Hiervon machen zahlreiche Vermieter immer häufiger hilfsweise Gebrauch, um dem Mieter die Chance zu nehmen, die fristlose Kündigung beispielsweise durch Zahlung von Sozialämtern
- 140 usw. zu heilen. Vermieter nutzen diese Gesetzeslücke gern, wenn sie z. B. auf Grund gestiegener Nachfrage die Hoffnung haben, nach Räumung der Wohnung mit einem neuen Mieter eine höhere Miete vereinbaren zu
- 145

können.

8. Verbot der fristlosen Kündigung wegen mehrfachem kurzzeitigem Zahlungsverzug

150

Die neuere Rechtsprechung lässt auch in solchen Fällen die fristlose Kündigung zu, obwohl nach dem Gesetz in der Regel nur bei Zahlungsverzug in Höhe von zwei Monatsmieten fristlos

155

gekündigt werden kann. Bei mehrfachem kurzzeitigem Zahlungsverzug war bislang nur eine ordentliche Kündigung nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Insbesondere

160

selbstständig Tätige können bei Zahlungsverzögerungen ihrer eigenen Auftraggeber leicht in die Schwierigkeit geraten, ihre Miete nicht immer fristgemäß zahlen zu können.

165

Hier sollten zumindest Abmahnungen innerhalb bestimmter Zeiträume vor Ausspruch von ordentlichen Kündigungen erforderlich, eine fristlose Kündigung aber ausgeschlossen sein!

170

9. Beschränkung der Betriebskostenumlage auf vom Verbrauch des Mieters abhängige Kosten

175

Insbesondere die Grundsteuer und die Gebäudeversicherung sind Betriebskosten, die originär den Eigentümer betreffen und im Budget des Mieters nichts zu suchen haben.

180

10. Angemessenere Verteilung der Kosten eines energetischen Umbaus und Beschränkung der Mieterhöhung wegen Modernisierung auf den Zeitraum der tatsächlichen Amortisation

185

Es ist unangemessen, wenn die Modernisierungskosten gemäß § 559 BGB zu einer dauerhaften Mieterhöhung um 11 % der für die Wohnung aufgewendeten Kosten führen. Die Kosten sollten gleichmäßig auf Mieter und Vermieter verteilt werden und auf den Zeitraum ihrer Amortisation beschränkt werden.

190

Gegebenenfalls könnte man sich auch an dem Zeitraum der steuerlichen Abschreibung orientieren. Dies hat auch für die Kosten eines energetischen Umbaus zu gelten.

195

11. Verhinderung bzw. (bei etwaiger späterer

Verabschiedung) Zurücknahme der von der
Bundesregierung 2012 geplanten
Mietrechtsnovelle

200 Nach den Vorstellungen der Bundesregierung
sollen die Vermieter das Recht erhalten,
Wohngebäude gegebenenfalls auch gegen den
Willen der Mieter kurzfristig energetisch zu
sanieren, den Mietern das Recht auf
205 Mietminderung während dieser Maßnahme zu
nehmen und anschließend die Miete um jährlich
11 % der Baukosten zu erhöhen. Außerdem sollen
Vermieter Mietwohnungen bei Zahlungsverzug
leichter räumen lassen können, bei Streit über
210 die Höhe von Mietminderungen soll der
Kürzungsbetrag hinterlegt werden müssen und
ähnliches mehr.

Die Maßnahmen sind zutiefst unsozial und
werden nur die Vermögensunterschiede
verschärfen. Sie sind daher zu verhindern bzw.
215 im Falle einer Verabschiedung durch den
Gesetzgeber bei einer Änderung der
Mehrheitsverhältnisse im Bundestag wieder
zurückzunehmen.

Satzungsänderungen

Antragsbereich S/ Antrag 1

Landesverband Bayern

Satzungsänderungen

Mit Wirkung vom 14.07.2012 wird die Satzung der BayernSPD wie folgt neu gefasst:

5 (1) § 1 Abs. 3 wird ersetzt durch:

Der Landesverband hat seinen Sitz in München.

10

(2) § 3 Abs. 1 Satz 2 wird ersetzt durch:

15 Zuständig für die Gründung neuer Ortsvereine sind die Unterbezirke.

20

(3) Als § 3 Abs. 9 wird eingefügt:

25

Haben Ortsvereine und sonstige Organisationsformen unterhalb der Unterbezirksebene mit eigenständiger Kassenführung keine Revisorinnen und Revisoren gewählt oder sind diese ausgeschieden, müssen die Revisorinnen und Revisoren des zuständigen Unterbezirks entsprechend einer Richtlinie des Parteivorstands diese Aufgabe wahrnehmen.

30

(4) § 6 Abs. 1 Satz c wird aufgehoben.

35 Der Unterbezirksparteitag setzt sich zusammen aus:

a) den Delegierten der Ortsvereine,

40 b) den Mitgliedern des

Annahme

Ein Vergleich zwischen alter und neuer Satzungsformulierung liegt bei.

Unterbezirksvorstandes.

(5) § 6 Abs. 5 wird ersetzt durch:

45

Zur Überprüfung der Kassenführung des Unterbezirks (§ 6 der Finanzordnung) wählt der Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei Jahren mindestens zwei Revisoren und/oder Revisorinnen. Diese dürfen dem Unterbezirksvorstand nicht angehören. Hat der Unterbezirksparteitag keine Revisorinnen und Revisoren gewählt oder sind diese ausgeschieden, müssen die Revisorinnen und Revisoren des Landesverbands entsprechend einer Richtlinie des Parteivorstands diese Aufgabe wahrnehmen.

50

55

60

(6) § 10 Abs. 4 Ziffer 6 wird ersetzt durch:

65

Aufgaben des ordentlichen Bezirksparteitages sind:

...

70

6. Wahl der Vertreterinnen oder der Vertreter des Bezirksverbands zum Parteikonvent,

75

(7) § 11 Abs. 3 wird ersetzt durch:

80

Die Bundeswahlkreisorganisation ist nach Maßgabe des Bundeswahlgesetzes verantwortlich für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Bundestagswahlkampfes, die bundespolitische Meinungs- und Willensbildung zwischen den Wahlen innerhalb und außerhalb der Partei, sowie für die Entgegennahme von Rechenschaftsberichten des oder der Bundestagsabgeordneten.

85

90

(8) § 12 Abs. 4 wird ersetzt durch:

95

Der Landesverband betreibt die Landesgeschäftsstellen, die Bezirksgeschäftsstellen und die Geschäftsstellen in den Regionen und beschäftigt das Personal in diesen Geschäftsstellen. Die betroffenen Gliederungen werden in die Personalauswahlverfahren mit einem/einer gemeinsamen Vertreter bzw. Vertreterin einbezogen.

100

105

(9) § 14 Abs. 1 Satz 1 wird aufgehoben.

110

Dem Landesvorstand gehören an:

1. die oder der Landesvorsitzende,

115

2. die stellvertretenden Landesvorsitzenden, deren Zahl der Landesparteitag vor der jeweiligen Wahl beschließt.

120

3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,

4. die Generalsekretärin oder der Generalsekretär

125

5. die Landesgeschäftsführerin oder der Landesgeschäftsführer mit beratender Stimme

130

6. die Sprecherin oder der Sprecher der bayerischen Europaabgeordneten der SPD,

7. die oder der Vorsitzende der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag,

135

8. die oder der Vorsitzende der Landtagsfraktion der SPD im Bayerischen Landtag,

140

9. die Sprecherin oder der Sprecher der SPD-Verbandsrätinnen oder -Verbandsräte im

- Verband der Bayerischen Bezirke,
10. 24 weitere Mitglieder,
- 145 11. die Vertreterinnen oder Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften (§ 22 Absatz 3).
- 150 Die Geschäftsordnung des Landesvorstands kann darüber hinaus die Kooptierung weiterer Personen vorsehen.
- 155 Die SGK entsendet einen Vertreter oder eine Vertreterin mit beratender Stimme.
- (10) § 15 Abs. 2 wird ersetzt durch:**
- 160 Die oder der Ehrenvorsitzende wird auf Vorschlag des Landesvorstandes ernannt und gehört ihm beratend an.
- 165
- (11) § 15 Abs. 3 wird ersetzt durch:**
- 170 Die unter Absatz 1 Ziff. 5 bis 8 genannten Mitglieder gehören dem Landesvorstand kraft Funktion an. Endet ihre Funktion vorzeitig, tritt die oder der vom entsendenden Gremium benannte kommissarische Vertreterin bzw. Vertreter
- 175 einstweilen an ihre bzw. seine Stelle.
- (12) § 16 Abs. 2 wird ersetzt durch:**
- 180 Dem Landespräsidium gehören an:
1. die oder der Landesvorsitzende,
- 185 2. die stellvertretenden Landesvorsitzenden,
3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,
- 190 4. die Generalsekretärin oder der

Generalsekretär

195 5. sieben weitere, vom Landesvorstand aus seiner Mitte zu wählende Mitglieder.

200 Die in § 14 Abs. 1 Nr. 5 bis 8 genannten Mitglieder des Landesvorstandes kraft Amtes gehören, sofern sie nicht ohnehin kraft Wahl Mitglieder des Landespräsidiums sind, diesem mit beratender Stimme an.

205 **(13) § 16 Abs. 3 Buchstabe g wird ersetzt durch:**

210 Das Landespräsidium hat folgende Aufgaben:

...

215 g) Es verleiht die Georg-von-Vollmar-Medaille und die Helmuth-Rothemund-Medaille im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.

220 **(14) § 18 wird zu § 19**
Landesvertreterversammlung Europa

225 **(15) § 19 wird zu § 20**
Landeskontrollkommission

230 **(16) § 20 wird zu § 21**
Landesschiedskommission

235 **(17) § 21 Betriebsorganisationen wird aufgehoben.**

240 **(18) § 23 Abs. 1 wird ersetzt durch:**

Die Kassierung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch zentralen Beitragseinzug.

245 (19) **Als § 23 Abs. 4 wird eingefügt:**

(4) Den monatliche Mitgliedsbeitrag, der von Abgeordneten des Landtags erwartet wird, beschließt der Landesvorstand.

250

(20) **§25 Wahlkampfkostenerstattung wird aufgehoben.**

255

(21) **§ 26 wird zu § 25 Aufwendungsersatz und ersetzt durch:**

260

1) Funktionäre der Partei haben keinen Anspruch auf Vergütung ihrer Arbeit.

Sie haben jedoch Anspruch auf Erstattung ihrer angemessenen Aufwendungen. Der Landesvorstand beschließt zur Regelung des Aufwendungsersatzes eine Spesenregelung.

(2) Delegationskosten sind grundsätzlich von der jeweils delegierenden Ebene zu tragen.

Über Ausnahmen entscheiden die Vorstände der jeweils einladenden Gliederung im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Delegationskosten von Arbeitsgemeinschaften zur Bundesebene trägt der Landesverband.

(22) **§ 27 wird zu § 26 Gleichstellung von Männern und Frauen**

(23) **§ 28 wird zu § 27 Grundsätze für Kandidatinnen und Kandidaten**

(24) § 27 Abs. 1 Satz 3 wird ersetzt durch:

Dabei sollen zunächst die Kandidatinnen und Kandidaten mit eigenem Stimm- bzw. Wahlkreis berücksichtigt werden.

(25) §28 a Parteiämter wird zu § 28 Parteiämter.

(26) § 30 Abs. 1 wird ersetzt durch: Die Berechnung der Delegierten und sonstigen Vertreterinnen und Vertreter erfolgt nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl. Für die Berechnung der Verhältnisanteile ist die abgerechnete Mitgliederzahl des letzten Kalenderjahres vor Einberufung der Parteitage maßgebend. Für neu entstehende Gliederungen erfolgt die Berechnung nach der Mitgliederzahl, für die am Monatsletzten des vorangegangenen Quartals Beiträge abgeführt worden sind.

(27) § 33 wird ersetzt durch:

Vermögensübergang und Sondervermögen

Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung geht das Vermögen der Bezirke Niederbayern / Oberpfalz, Franken und Südbayern einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Landesverband über. Die Vereinbarung zwischen dem SPD-Parteivorstand, dem SPD-Landesverband und dem Bezirk Franken auf der Grundlage des Beschlusses des SPD-Bezirks Franken vom 16. 11.1991 bleibt unberührt.

Mehr Basisdemokratie in der SPD

5	Die Landessatzung ist dahingehend zu ändern, dass künftig auch bis auf die Unterbezirksebene Mitgliedervollversammlungen möglich sind, die über die gleichen Rechte verfügen wie bisher nur die Delegiertenversammlungen auf Unterbezirksebene.	Überweisung an Landesvorstand
10	Begründung: § 9 des Organisationsstatuts der SPD besagt: „(1) Die Gliederungen sichern die Teilhabe ihrer Mitglieder an der politischen Willensbildung.“ Sigmar Gabriel sagte: „Wenn das Wort „Genossin“ oder „Genosse“ wieder einen stolzen Klang erhalten soll, dann müssen wir es auch so verstehen, wie es mal gemeint war: als Zeichen innerer Verbundenheit, als Symbol für Gleichheit in der Partei, egal ob Bundeskanzler oder Mitglied im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft (...)“ und „Eine Partei, die für Volksabstimmung im Grundgesetz eintritt, darf keine Angst davor haben, wichtige Fragen ihrer eigenen Mitgliedschaft zur Abstimmung zu stellen.“ (Bundesparteitag am 13.11.2009 in Dresden)	
30	Allerdings steht die Satzung der BayernSPD dem noch entgegen. Es ist kurios: Landtags- und BundestagskandidatInnen, Listen für die Kommunalwahlen und KandidatInnen für Empfehlung Bürgermeisterämter dürfen innerhalb der SPD von allen Mitgliedern gewählt werden. Die Bundes-Satzung sieht das so vor in § 12, Absatz 4. Wenn es jedoch um innerparteiliche Wahlämter geht oder schlicht um Anträge, die vom Unterbezirk beschlossen und an höhere Gliederungen weitergeleitet werden sollen, gibt es eine Einschränkung in der Satzung der BayernSPD. Und auch Anträge,	

45 die man innerparteilich „nach oben“ reichen
möchte, dürfen bislang nicht von
Vollversammlungen beschlossen werden,
sondern müssen im Moment noch – wenn sie
auf Unterbezirksebene beschlossen werden
sollen – von einem Delegierten-Parteitag
angenommen werden. Wenn also ein
50 Unterbezirk seine Mitglieder zusammenruft
und diese über den Vorstand oder einen
Antrag (z.B. einen wie diesen hier...) beschließen wollen, so geht das bislang nicht.
Lediglich Delegierten-Parteitage sind hierfür
vorgesehen – oder man packt gleich das
55 Instrument eines Mitgliederentscheids aus,
was aber in den allermeisten Fällen völlig
überzogen wäre.

60 Konkret: In der Satzung der BayernSPD steht in
§ 13, Absatz 5:

„Zum Landesparteitag sind antragsberechtigt:
a) alle Ortsvereine, Kreis- und Stadtverbände,
65 Unterbezirke und Bezirksverbände der SPD in
Bayern, (...)“

So weit, so gut. Unterbezirke sowie Kreis- und
Stadtverbände sind also antragsberechtigt.

70 Aber:

In § 5, Absatz 1 der BayernSPD-Satzung steht:
„Organe des Unterbezirks sind der
75 Unterbezirksparteitag und der
Unterbezirksvorstand (...)“

Und weiter in § 6, Absatz 1: „Der
80 Unterbezirksparteitag setzt sich zusammen
aus: a) den Delegierten der Ortsvereine, (...)“
Das bedeutet in der Konsequenz: will man auf
UB-Ebene einen möglichst
basisdemokratischen Antrag an den
Landesparteitag stellen, geht das bislang nur
über den in der Satzung als Delegierten-
85 Parteitag definierten Unterbezirksparteitag.
Und das schließt somit alle anderen Mitglieder
aus! Die Konsequenz hieraus wiederum ist:
Wer Basisdemokratie innerhalb der Partei
möchte und hierbei neben den Ortsvereinen
90 auch die Unterbezirke sowie Stadt- und
Kreisverbände als Beschlussgremien mit

95 einbeziehen will, der muss die Satzung der
BayernSPD ändern – und die Möglichkeit von
Mitgliedervollversammlungen auf allen
Gliederungsebenen schaffen. In Rheinland-
Pfalz und Hessen z. B. werden in der
Landessatzung die Unterbezirke sowie Stadt-
und Kreisverbände gar nicht näher definiert,
100 Unterbezirksparteitage werden auf
Unterbezirksebene geregelt. Auch so könnte
man elegant diese bisherige Einschränkung
der Bayern-Satzung aufheben. Dann würde es
den Unterbezirken obliegen, ob sie beim
Delegierten-System bleiben oder
105 Mitgliedervollversammlungen einberufen.
Oder beides. Praktische Konsequenz der neuen
Regelung: Mit dieser Regelung können künftig
Unterbezirke sowie Stadt- und Kreisverbände
möglichst basisdemokratisch Entscheidungen
110 vor Ort herbeiführen. Hierzu bedarf es vor Ort
einer weiteren Satzungsänderung.

Wenn Unterbezirke alles beim Alten belassen
wollen, ist das auch in Ordnung.
Mitgliedervollversammlungen sind möglich,
werden aber nicht verpflichtend.